

Die Rentenkampagne der LINKEN

Motive, Ziele, Inhalte

1. **Warum eine linke Rentenkampagne?**
2. Wie funktioniert unser Rentensystem?
3. Die “Rentenreformen” und ihre Auswirkungen
4. Die Alternativen der LINKEN
5. Was ist geplant?

Warum eine linke Rentenkampagne?

- Die Rente ist existenziell für die Mehrheit der Menschen.
- Die Rente steht im Zentrum des Angriffs auf den Sozialstaat.
- Die Rente ist ein Kernthema der neuen LINKEN.
- Die Rente entscheidet die nächsten Wahlen mit.

- DIE LINKE vertritt in der Rentenpolitik die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Mehrheit im Parlament.
- Gewerkschaften, Sozialverbände, Jugendverbände und Sozialinitiativen geben dieser Mehrheit gesellschaftspolitisch Stimme und Richtung.
- Aus der gefühlten Mehrheit muss politischer Druck für eine andere Politik werden.
- Die Rentenpolitik der LINKEN ist prägend und bündnisfähig.
- Aber: die Rentenpolitik ist auch Gradmesser für die Stärke der LINKEN!

Die Ziele der linken Rentenkampagne

- **Rente in die Köpfe:** Wir wollen die Mitglieder und Aktivist/innen unserer Partei schulen und aufklären.
- **Rente auf die Straße:** Wir wollen in den Kreisen und Basisorganisationen mobilisieren und Aktionen initiieren.
- **Rente ins Zentrum:** Wir wollen öffentlich für einen rentenpolitischen Kurswechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit mobilisieren.
- **Rente in die Wahlkämpfe:** Wir wollen vor allem den Kampf gegen die Rente ab 67, die Rücknahme der Rentenkürzungen und die drohende Altersarmut zu zentralen Themen bei den Wahlen bis 2010 machen.

1. Warum eine linke Rentenkampagne?
- 2. Wie funktioniert unser Rentensystem?**
3. Die “Rentenreformen” und ihre Auswirkungen
4. Die Alternativen der LINKEN
5. Was ist geplant?

Geschichte + Struktur

Vom alten Bismarck zum alten Adenauer:

- Die Rente war früher kaum mehr als karges Zubrot im Alter.
- Kaum jemand erreichte das Rentenalter von 70 Jahren.
- Das Kapitaldeckungsverfahren war riskant (Weltkriege, Inflation, Krisen).
- Altersarmut zählte zu den brisanten sozialen Problemen der Nachkriegszeit.
- Diskussion in den 50er Jahren – Rentenreform 1957: Grundlegung des heutigen Systems.

Grundsätze der gesetzlichen Rente:

- **Öffentliches Pflichtversicherungssystem:** Fast alle abhängig Beschäftigten sind versichert.
- **Umlageverfahren:** Die Finanzierung erfolgt über paritätische und einkommensabhängige Beiträge von Beschäftigten und Unternehmen. Hieraus werden, je nach eingezahlter Höhe, die Renten der heutigen Rentnerinnen und Rentner bezahlt.
- **Lebensstandardsicherung:** Über lange Jahre war dies das zentrale Ziel der Rentenpolitik. Die Rente sollte den ehemaligen Beschäftigten einen Lebensabend sichern, der an den während der Arbeitsphase erreichten Lebensstandard anschließt.
Technische Messgröße für dieses Ziel: Jemand, der 45 Jahre lang Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt hatte, sollte im Alter auf ein Nettorentenniveau von etwa 70 Prozent des vergleichbaren Netto-Arbeitnehmereinkommens kommen.

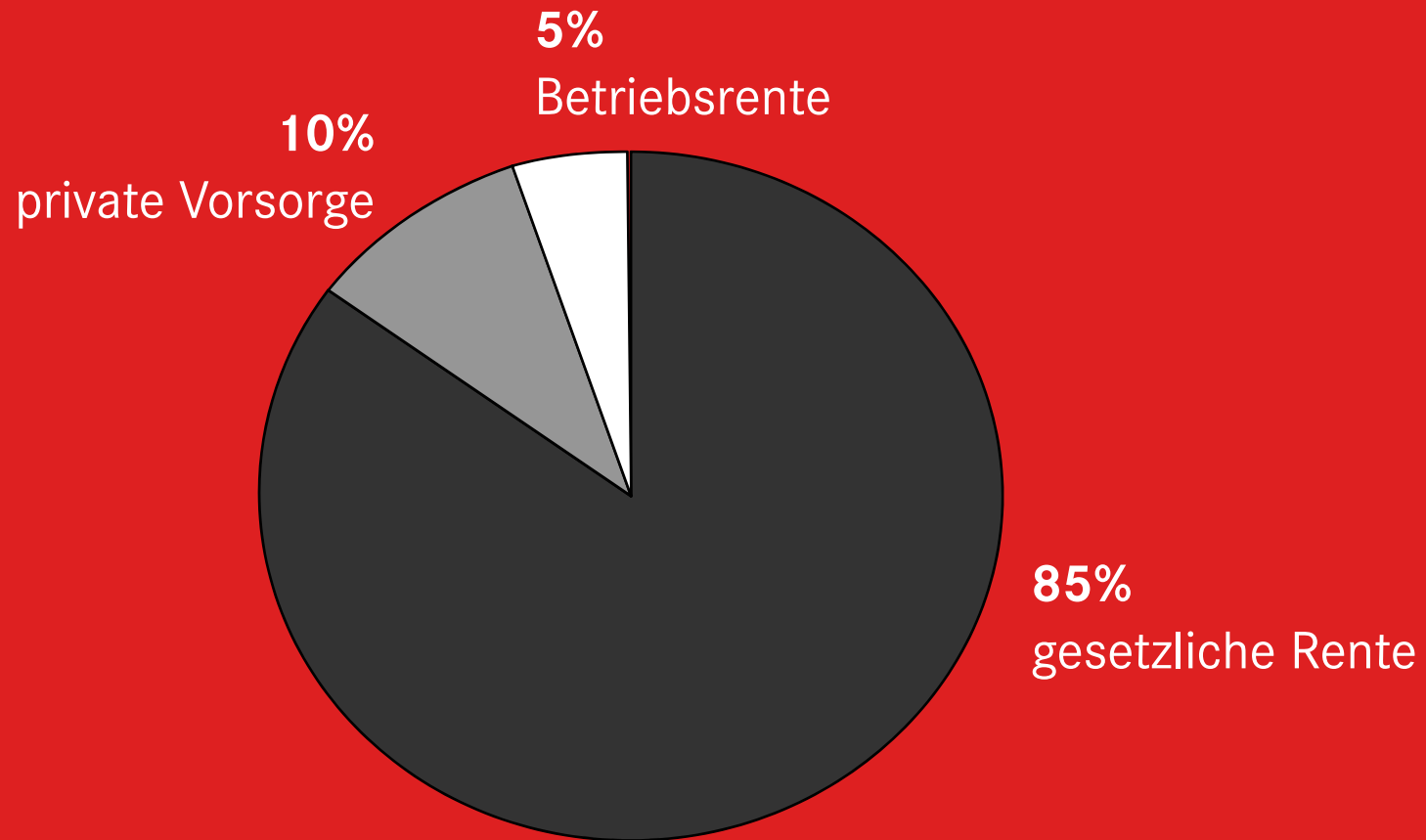
- **Dynamische Rente:** Durch die Koppelung der Rentenentwicklung an die Löhne wurde die Rente dynamisiert und die Beteiligung der Rentner/innen am wirtschaftlichen Fortschritt gesichert.
- **Äquivalenzprinzip:** Die spätere Rentenhöhe hängt maßgeblich von der Dauer der Beschäftigung und der Höhe des Arbeitseinkommens ab. Die Höhe der Beitragszahlung ist maßgeblich für die Höhe der späteren Rente.
- **Solidarausgleich:** Innerhalb der gesetzlichen Rente gab/gibt es Umverteilungselemente zum Ausgleich von Zeiten der Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und von Zeiten mit besonders niedrigen Einkommen (teilweise steuerfinanziert).
- **gesetzliche Rente heißt mehr als Alterseinkommen:** Auch Absicherung gegen Erwerbsunfähigkeit und Hinterbliebenenversorgung.

Ein System mit Stärken und Schwächen. Aber Altersarmut wurde zunehmend zur Ausnahme:

- Die Bundesrepublik hatte - auch international betrachtet - lange Zeit eine sehr geringe Altersarmutsquote.
- 2,3 Prozent der Senior/innen erhalten aktuell Grundsicherung im Alter.
- Die Tendenz ist steigend, aber es ist noch nicht zu spät, die Rente wieder armutsfest und sicher zu machen.

Rentenfragen sind Existenzfragen

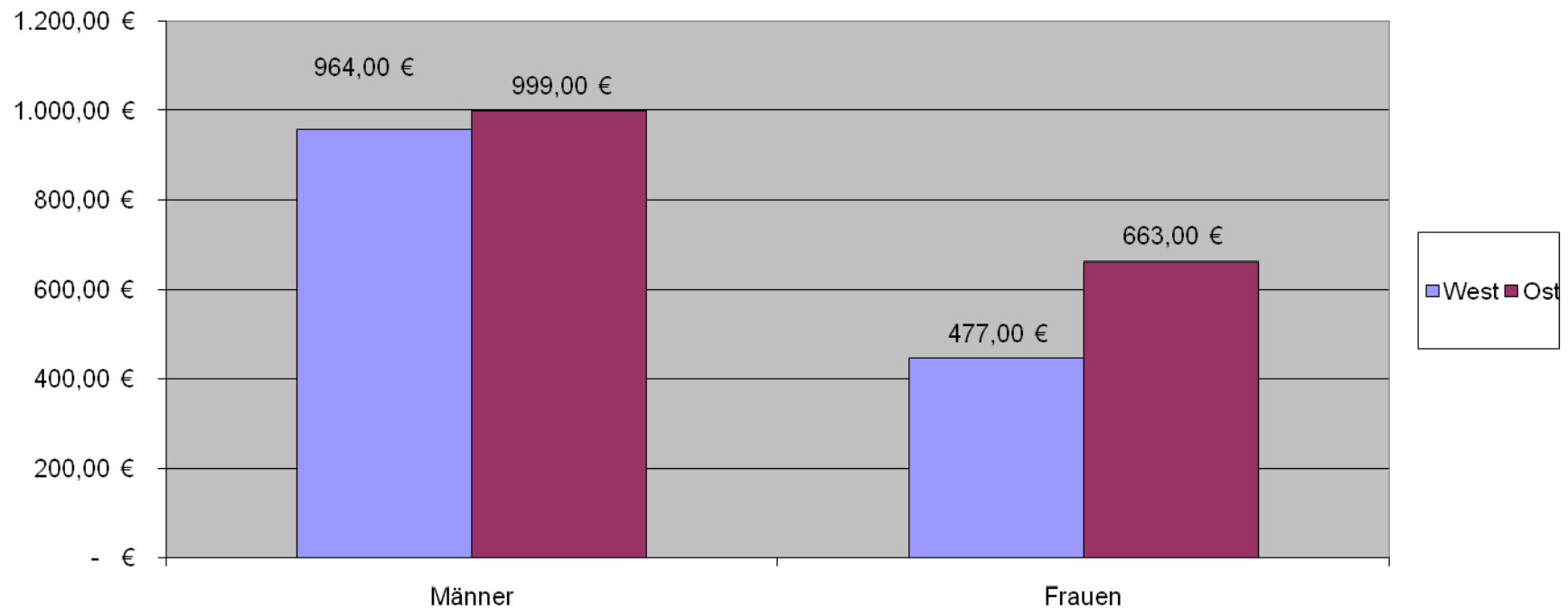
Rentenfragen sind im Alter Existenzfragen!



Anteil der gesetzlichen Rente am gesamten Alterseinkommen
im Durchschnitt aller Rentnerhaushalte

Rentenfragen sind im Alter Existenzfragen!

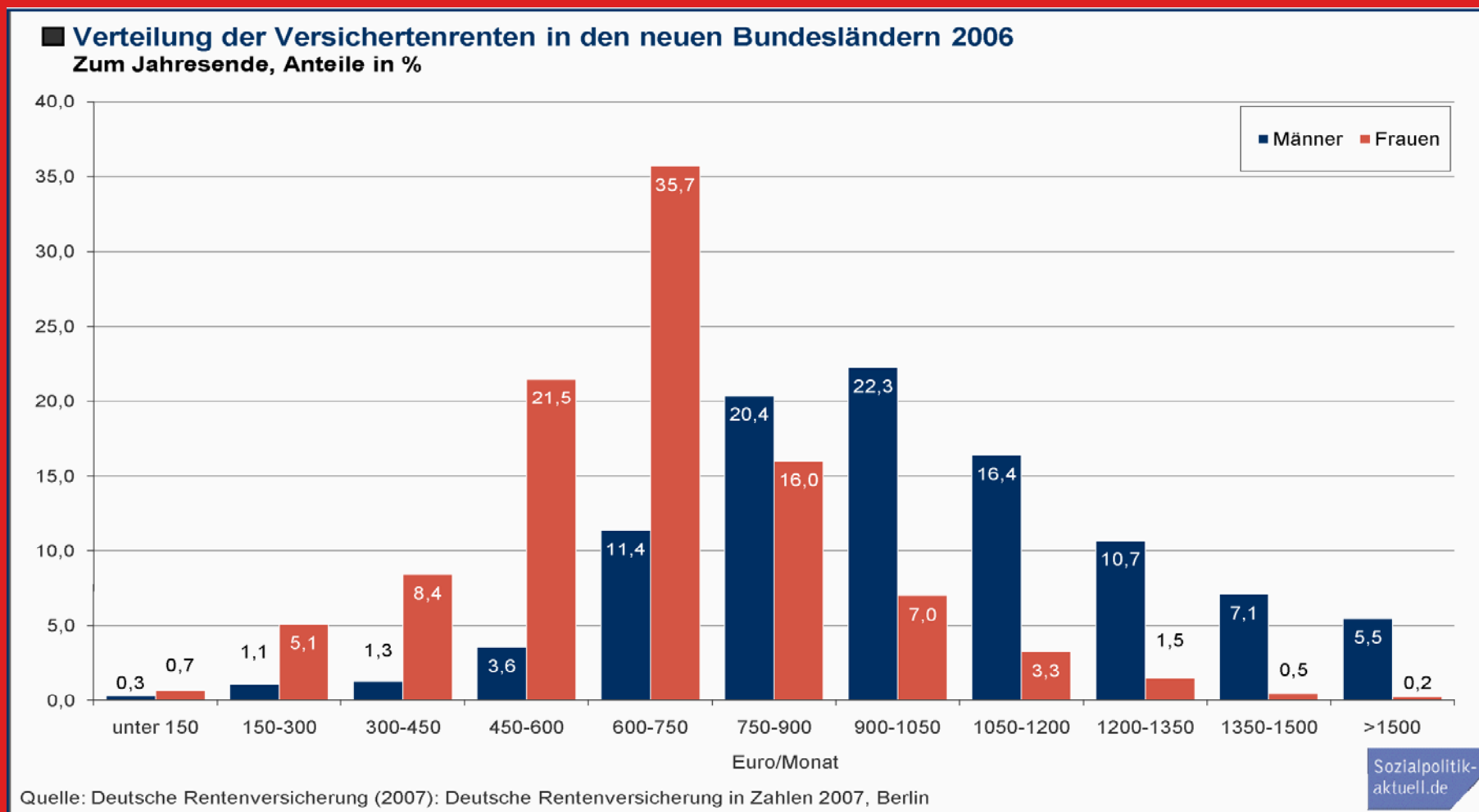
Durchschnittliche Höhe der Versichertenrenten (2006)



Rentenfragen sind im Alter Existenzfragen!



Rentenfragen sind im Alter Existenzfragen!



Frauenrenten

- Aufgrund des engen Bezugs zwischen Rente und Erwerbsarbeit haben Frauen, die wegen Kindererziehung nicht bzw. lange nicht erwerbstätig sein konnten, keine ausreichenden eigenständigen Rentenansprüche. Dies ist vor allem in Westdeutschland ein Problem.
- Sie sind deshalb häufig auf die vom Ehemann abgeleiteten Ansprüche angewiesen, die in den letzten Jahren aber zunehmend geschwächt worden sind.
- Frauen verdienen im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer. Deutschland ist europaweit an der Spitze in Sachen Entgelt-Ungleichheit.
- Frauen sind besonders von Niedriglöhnen und Minijobs betroffen. Auch deshalb sind ihre Rentenansprüche in der Regel niedriger als die der Männer.

Ostrenten

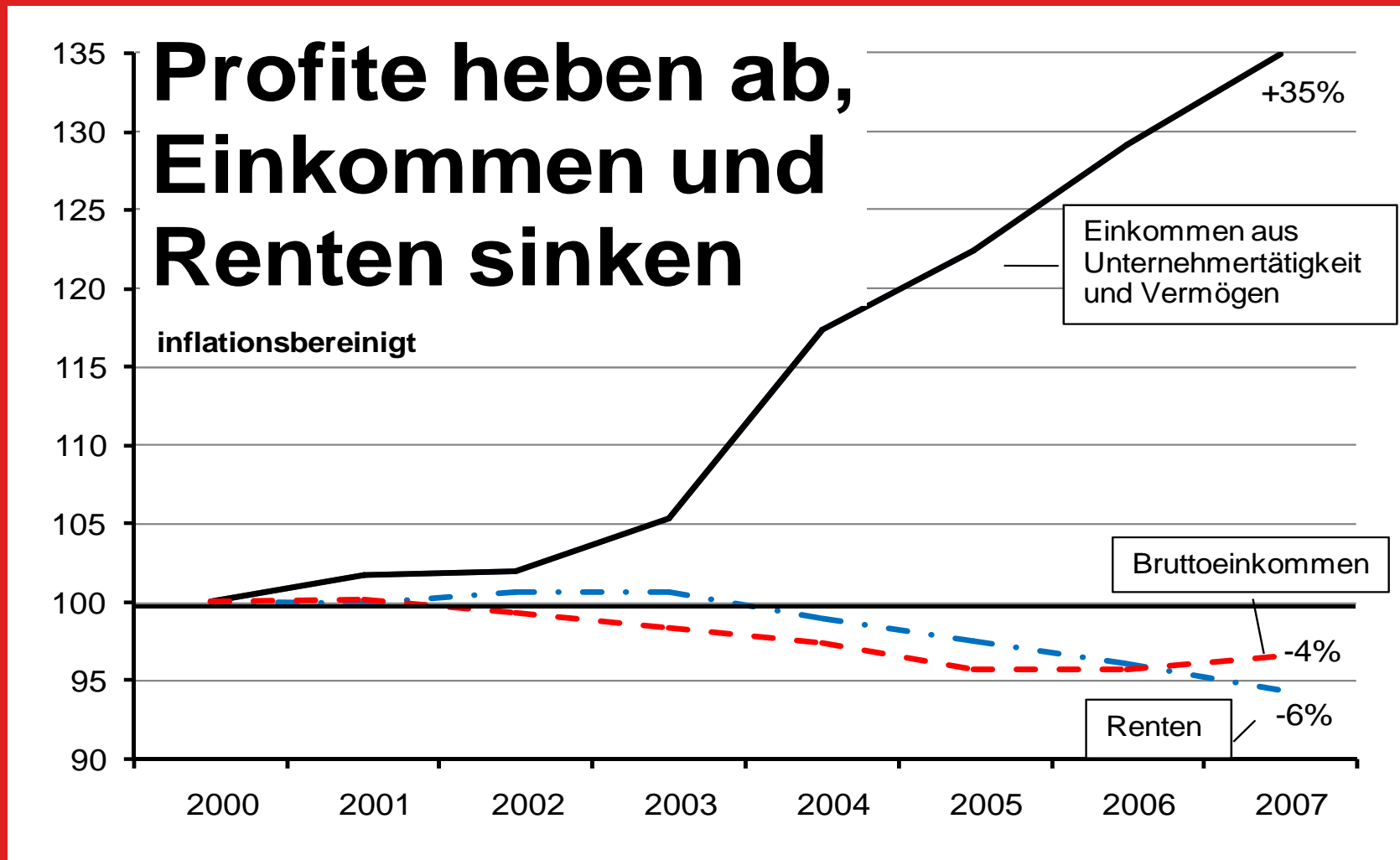
- Auch 18 Jahre nach der Wiedervereinigung wird die Lebensleistung der Menschen in Ost und West nicht in gleicher Weise anerkannt und bestehen Ungerechtigkeiten, die im Zuge der Rentenüberleitung entstanden sind fort. Die Angleichung des Rentenwertes an das Westniveau muss daher kommen und die Rentenungerechtigkeiten müssen beseitigt werden.
- Dass die Menschen im Osten im Durchschnitt höhere Renten haben, darf nicht als Argument dagegen stehen. Denn diese beruhen auf längeren Versicherungszeiten (keine Arbeitslosigkeit, höhere Erwerbsquote von Frauen) und statistischen Verzerrungen. So sind im Osten z.B. Menschen mit hohem Einkommen in der Gesetzlichen Rentenversicherung, die im Westen in anderen Systemen sind.
- Im Osten ist die Gesetzliche Rente meist das einzige Einkommen im Alter (im Westen kommen oft noch Privatrenten, Betriebsrenten und Pensionen dazu).
- Im Osten droht die Altersarmut in Zukunft in viel stärkerem Maße (Niedriglohn, Massenarbeitslosigkeit).

Rentenfragen sind Lohn- und Verteilungsfragen

Rentenfragen sind Lohn- und Verteilungsfragen!

- Ein guter Lohn schlägt sich individuell in höheren Rentenanwartschaften nieder. Lohnsteigerungen sind also auch gut für das Rentenkonto.
- Die Anpassung der Renten orientiert sich an der Lohnentwicklung. Eine gute Lohnentwicklung ist daher gut für das gesamte Rentenniveau.
- Ein hohes Niveau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu guten Löhnen bedeutet mehr Geld in der Rentenkasse.
- Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen sind also keine verfeindeten Generationen sondern Verbündete im Kampf um ein besseres Leben!

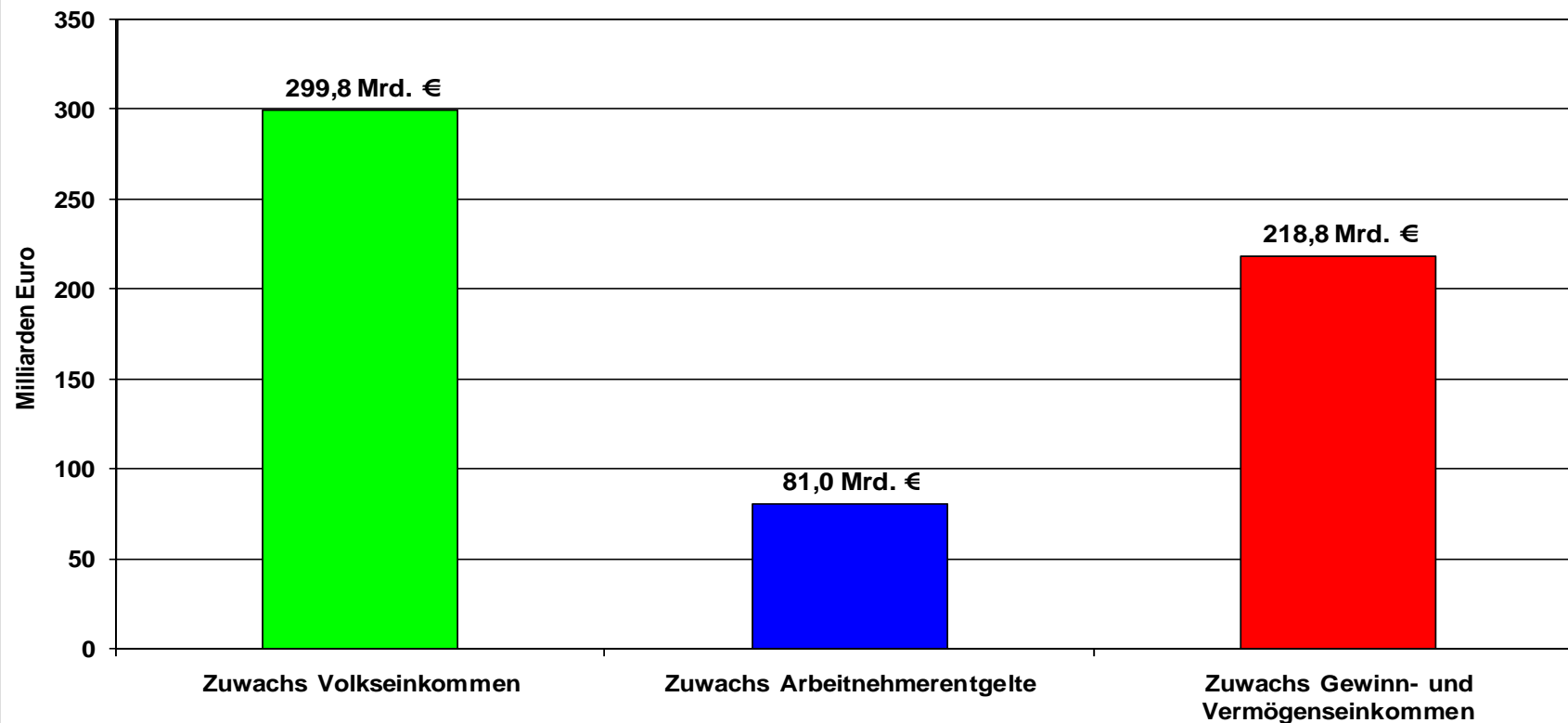
Rentenfragen sind Lohn- und Verteilungsfragen!



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

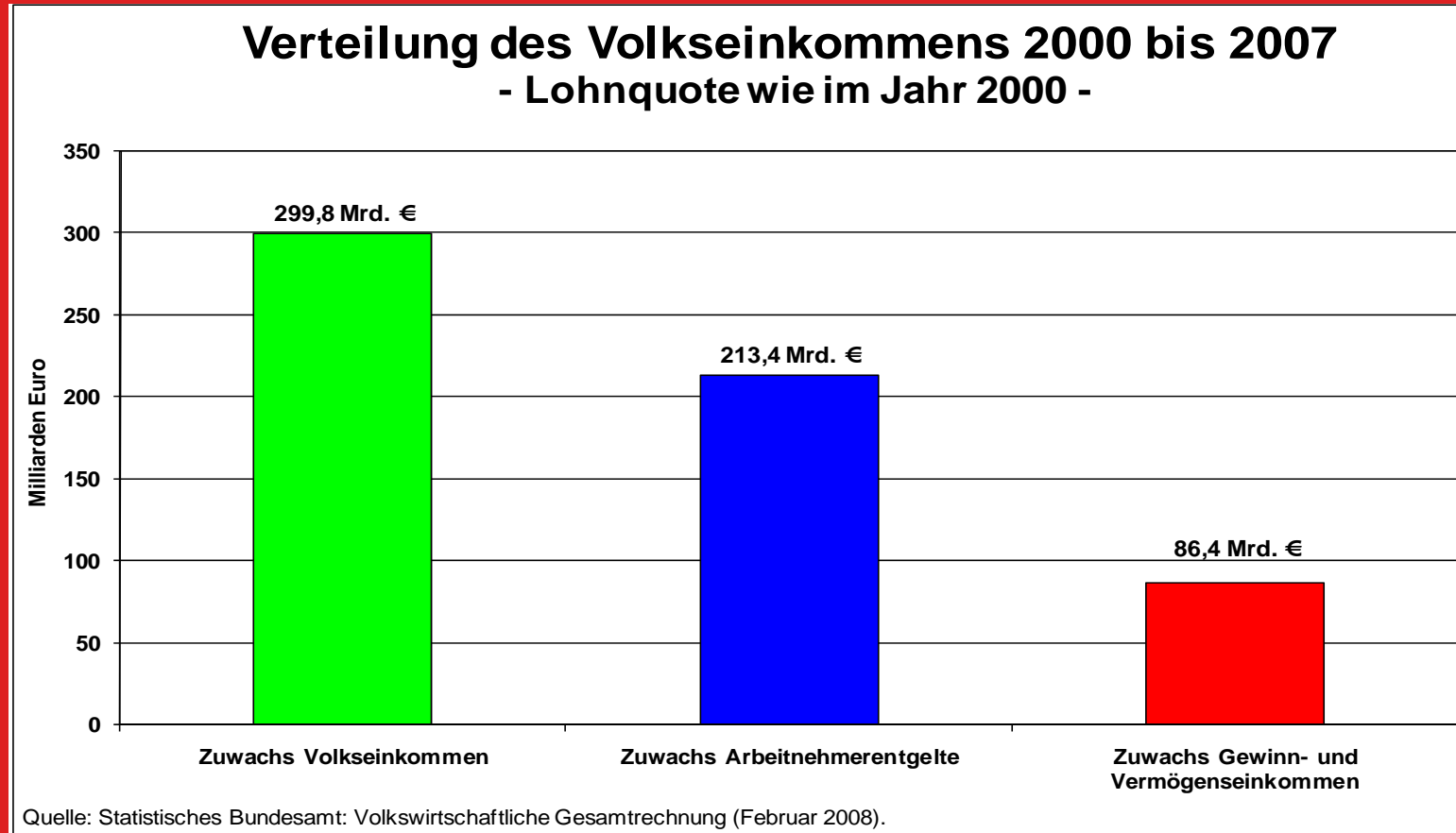
Rentenfragen sind Verteilungsfragen!

Verteilung des Volkseinkommens 2000 bis 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Februar 2008).

Rentenfragen sind Verteilungsfragen!



So würden sich die Einkommenszuwächse verteilen, wenn die Lohnquote seit 2000 gleich geblieben wäre!

1. Warum eine linke Rentenkampagne?
2. Wie funktioniert unser Rentensystem?
- 3. Die “Rentenreformen” und ihre Auswirkungen**
4. Die Alternativen der LINKEN
5. Was ist geplant?

Schwarz-Gelb, Rot-Grün, Schwarz-Rot: Die Zerstörer der solidarischen Rente

Union, SPD, Grüne und FDP – Politik der Rentenkürzung:

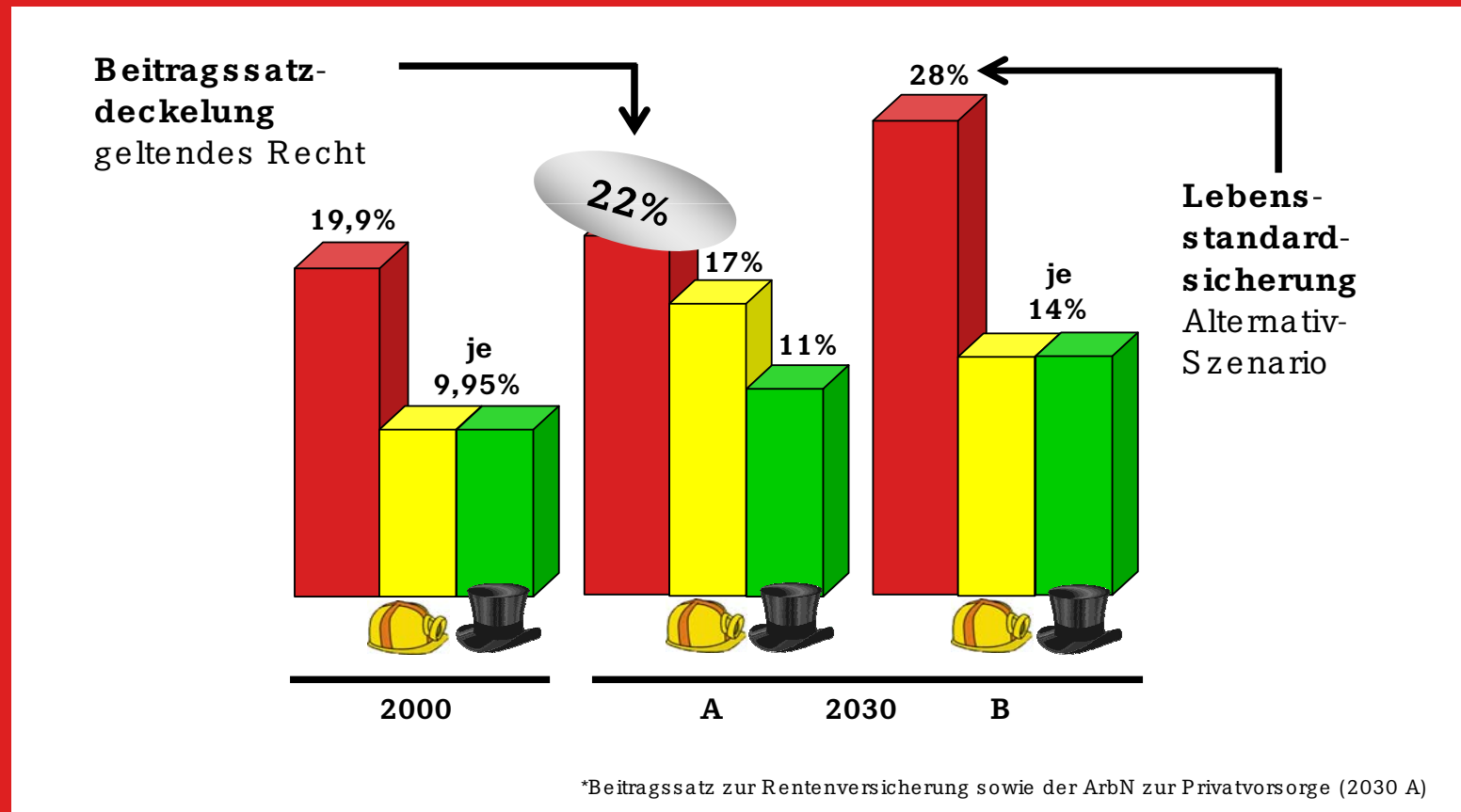
- Bereits Union und FDP sägten in den 1990er Jahren an der Rente.
- Kohl wurde 1998 abgewählt, weil Schröder versprach, die Rente vor Kürzungen zu schützen.
- Rot-Grün machte aber die Rentenkürzung ab 2000 zum Programm. Mit den Namen der sozialdemokratischen Bundessozialminister Riester und Schmidt ist ein beispielloses Programm der Rentenkürzungen verbunden, das in Zukunft zu dramatisch steigender Altersarmut führen wird.
- Die Hartz-Reformen führten zu Lohndumping und unsicheren Jobs.
- Die Regierung Merkel führte die Rente ab 67 ein und setzt den Kurs in der Rentenpolitik fort.

Der Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik

- Rot-Grün verabschiedete sich vom Ziel der Lebensstandardsicherung in der Rente.
- Anstelle des Sicherungsziels trat die Beitragssatzstabilität (der Beitrag zur GRV darf bis 2020 nicht über 20% und bis 2030 nicht über 22% steigen).
- Dafür wird das Rentenniveau durch die Einführung von “Dämpfungsfaktoren” schrittweise abgesenkt (von knapp 54% auf gut 43% in 2030).
- Um diese Kürzungen auszugleichen, müssen die Beschäftigten privat vorsorgen. Das Risiko der Absicherung für das Alter wurde damit teilweise privatisiert.
- Der Staat fördert die private Vorsorge jährlich mit mehreren Milliarden Euro. Davon profitiert vor allem die Versicherungswirtschaft.

Rot-Grün: Stabile Beiträge – aber nur für Arbeitgeber!

Vorsorgeaufwendungen für ein Lebensstandard sicherndes Alterseinkommen
in Prozent des Bruttoentgelts



Viele weitere Leistungseinschnitte schwächen die Absicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

- Die Berufsunfähigkeitsrente wurde abgeschafft und durch die deutlich schwerer zu erlangende Erwerbsminderungsrente ersetzt (kein Berufs- und Qualifikationsschutz).
- Rentner/innen wurden mit dem vollen Beitrag zur Pflegeversicherung sowie erhöhten Zuzahlungen und der Praxisgebühr belastet.
- Die Anrechnungszeiten schulischer Ausbildung wurden eingeschränkt.
- Die Beiträge bei Langzeitarbeitslosigkeit wurden drastisch reduziert.

Rente ab 67 – Die nächste Rentenkürzung

Derzeit:

- Volle Altersrente nur bei Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren.
- Bei 35 Versicherungsjahren darf man schon mit 63 in Rente gehen, ABER: pro Monat lebenslange Rentenabschläge von 0,3% (wer also aktuell mit 63 in Rente geht, erhält 7,2 Prozent weniger Rente).

Ab 2012:

- soll die Regelaltersgrenze schrittweise bis 2029 auf 67 Jahre angehoben werden. Wer 1946 geboren ist, hat mit 65 Jahren und einem Monat Anspruch auf die Regelaltersrente usw.
- Für alle Geburtsjahrgänge ab 1964 gibt es Rente erst mit 67 Jahren.
- Wer dann mit 63 in Rente geht, hat lebenslange Rentenabschläge von 14,4 Prozent zu befürchten. Mit 65 gibt es dann immer noch 7,2 Prozent weniger Rente.

Rente ab 67 – Weg damit!

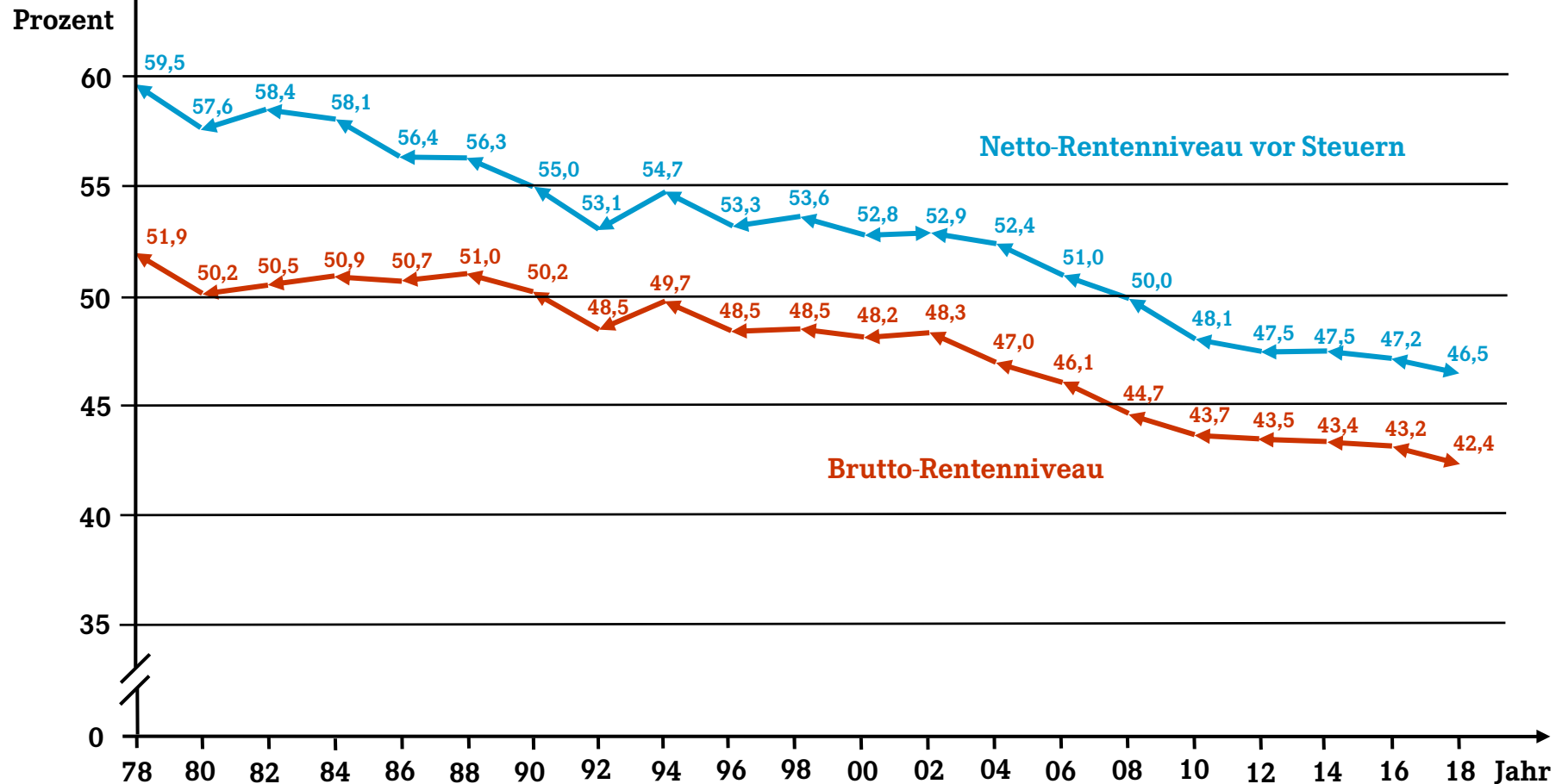
- Die Rente ab 67 ist vor dem Hintergrund der schlechten Arbeitsmarktlage Älterer nicht vertretbar und eine Rentenkürzung für Viele.
- Sie bringt kaum Entlastung für die Rentenkasse, dafür soziale Härten für Alle, die nicht bis 67 durchhalten.
- Die Rente ab 67 muss daher zurück genommen werden.
- Notwendig sind sogar flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr (geförderte Altersteilzeit, erleichterte Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge).
- Wir streben langfristig ein Renteneintrittsalter ab 60 Jahre an, ohne Abschläge.

Das Ergebnis

Das Ergebnis: Sinkende Renten

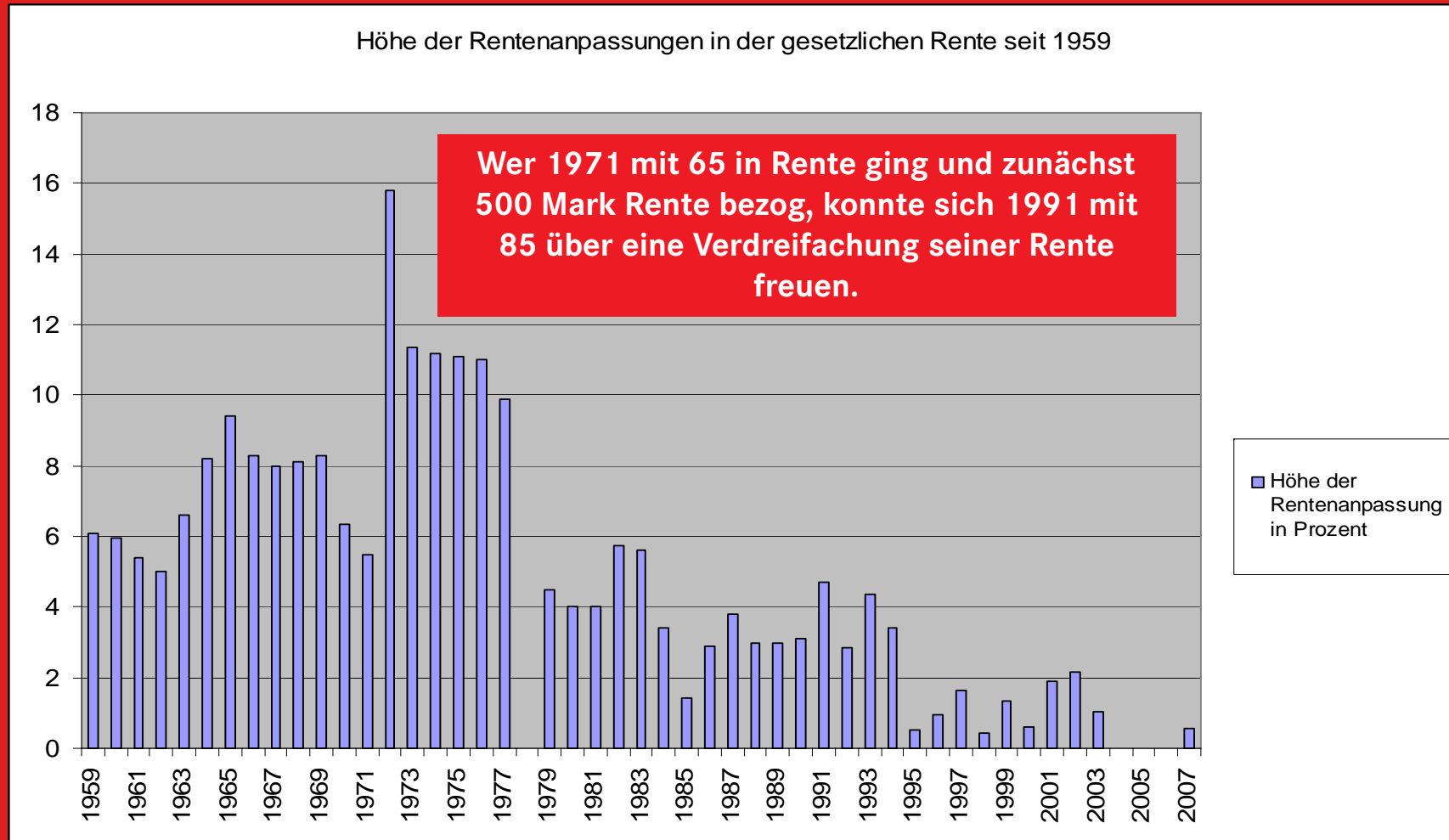
Entwicklung des Rentenniveaus

In Prozent des Einkommens eines Durchschnittsverdieners, Deutschland 1978 bis 2018



Quelle: nach Bundeszentrale für politische Bildung 2005, <http://www.bpb.de/files/LZVD4N.pdf>

1,1% mehr Rente 2008: Echte Rentenerhöhungen sehen anders aus!



→ Intakte Rentenformel → Rente folgte den Löhnen → Satte Lohnsteigerungen

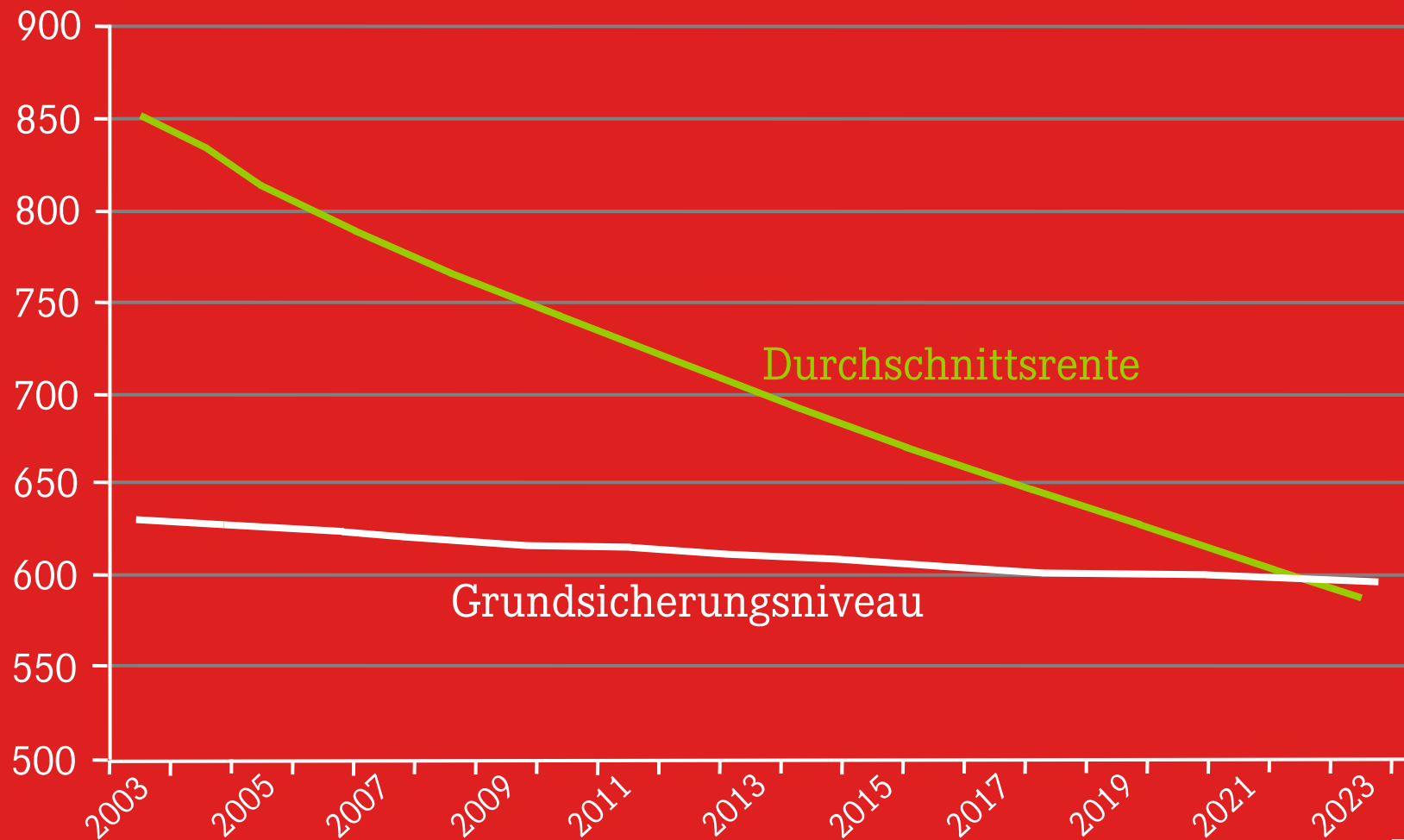
Quelle: Bundesversicherungsamt (für die Jahre ab 1990 wurde jeweils die Höhe der Rentenanpassung in den West-Bundesländern zur Grundlage genommen).

Der Paradigmenwechsel geht nicht auf:

Laut Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2007 wird das Gesamtversorgungsniveau aus gesetzlicher Rente und Riester-Rente in Zukunft nicht einmal jenes Sicherungsniveau erreichen, welches bisher allein aus der gesetzlichen Rente geleistet wurde.

Das Ergebnis: Altersarmut als Normalfall

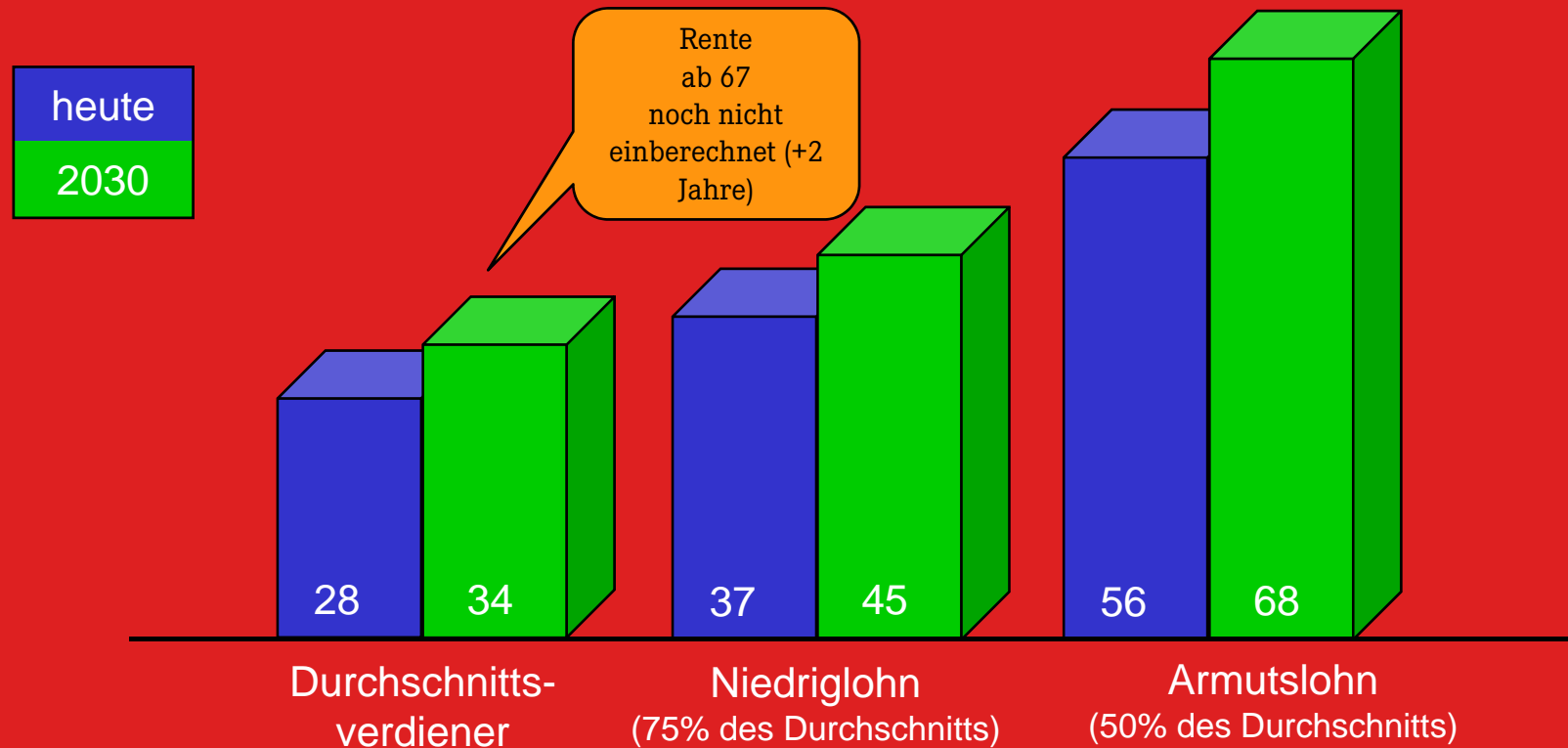
Realwertentwicklung Durchschnittsrente 851 Euro und Grundsicherungsniveau/1-Personen-Haushalt



Quelle: Der Paritätische Gesamtverband: Thesen zur Entwicklung der Altersarmut, Berlin, Januar 2007

Das Ergebnis: Anstehen beim Sozialamt im Alter

Wie lange man für eine Rente über Grundsicherungsniveau schufteln muss.



Erforderliche Anzahl an Beitragsjahren zur Deckung
des Grundsicherungsbedarfs mit der Nettorente
- Single, nach heutigen Werten -

Das Ergebnis:

Die Rente gerät in eine Legitimationskrise

- Warum soll ich Beiträge zur Rente zahlen, wenn am Ende sowieso die meisten Menschen eine Grundsicherung erhalten, egal wieviel Beiträge sie eingezahlt haben?
- Das traditionell hohe Vertrauen der Menschen in die gesetzliche Rente hat bereits deutlich gelitten und muss wieder gewonnen werden.
- Jede/r zweite hat Angst vor Altersarmut.

**Wie die Zerstörung
der solidarischen Rente
gerechtfertigt wird:**

Das Märchen von den zu hohen “Lohnnebenkosten”

- Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wurde mit dem Argument gedeckelt, die “Lohnnebenkosten” seien zu hoch.

ABER:

- Deutschland ist Exportweltmeister. Wären die Lohnkosten in Deutschland zu hoch, würden deutsche Produkte im Ausland keinen Absatz finden.
- Die Lohnstückkosten (Lohnkosten im Verhältnis zur Produktivität) sind in Deutschland im Vergleich zu anderen starken europäischen Volkswirtschaften eher niedrig.
- Die “Lohnnebenkosten” machen nur 6% oder 14 Cent einer Handwerkerstunde aus.
- “Lohnnebenkosten” sind Teil des Lohns. Wer sie kürzen will, will die Löhne und die dahinter stehenden Sozialsysteme kürzen.

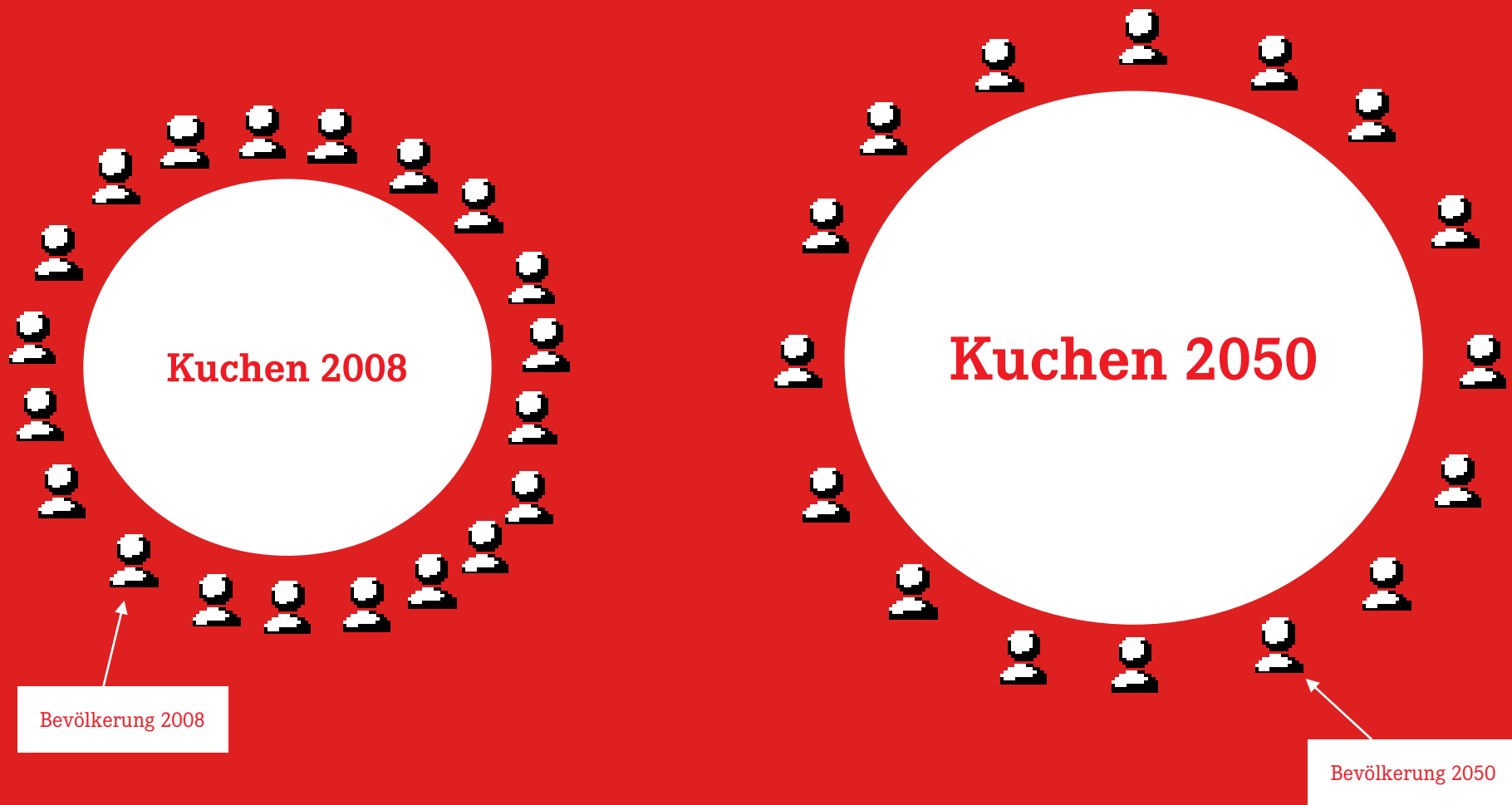
Sachzwang Demografie

Wir werden immer älter. Deswegen sind die Renten nicht mehr bezahlbar und muss das Niveau sinken – so das zweite Märchen.

UNSINN!

- Denn es kommt nicht auf das Verhältnis von Jung und Alt, sondern von BeitragszahlerInnen zu RentnerInnen an. Durch Senkung der Arbeitslosigkeit, Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Erhöhung der Frauenerwerbsquote und Zuwanderung kann dieses deutlich verbessert werden.
- Auf eine Person im Alter ab 65 Jahren kamen 1960 5,8 Personen im Erwerbsalter. 2010 werden es 3,2 sein. Dieser dramatische Wandel wurde in der Vergangenheit durch Produktivitätsfortschritte und eine zunehmende Erwerbstätigkeit unmerklich bewältigt.
- Auch geringe Produktivitätsfortschritte können den demografischen Wandel bei entsprechender Verteilung locker ausgleichen.

Sachzwang Demografie? – Das neoliberale Kuchentheorem



Ein größerer Kuchen und weniger Menschen – Aber alle sollen den Gürtel enger schnallen?

1. Warum eine linke Rentenkampagne?
2. Wie funktioniert unser Rentensystem?
3. Die “Rentenreformen” und ihre Auswirkungen
4. **Die Alternativen der LINKEN**
5. Was ist geplant?

**Die Alternativen der LINKEN:
Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente**

DIE LINKE: Politik für gute Arbeit

- Gesetzlicher Mindestlohn für alle – mit 8 Euro pro Stunde einsteigen und dann schnell auf 10 Euro anheben.
- Betriebsräte und Gewerkschaften stärken – Antistreikparagraph abschaffen, Streikrecht ausweiten, Mitbestimmung stärken.
- Arbeit familienfreundlich machen – Kündigungsschutz für Eltern ausweiten, Schichtarbeit für Eltern einschränken, Rückkehrrechte nach der Elternzeit verbessern, Kinderbetreuung ausbauen.
- Prekäre Beschäftigung eindämmen – Leiharbeit regulieren, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln.

DIE LINKE: Politik für gute Renten

Wir verteidigen die gesetzliche Rente

Lebensstandardsicherung durch gesetzlich definiertes Sicherungsniveau

Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren

Abschaffung des Beitragssatzdogmas

Wir wollen den Ausbau der gesetzlichen Rente

Eine Rente für alle – die soziale Erwerbstätigenversicherung

Beitragsbemessungsgrenze schrittweise aufheben

Nein zur Rente ab 67 – Ja zur abschlagsfreien Rente ab 60

Wir setzen gegen Altersarmut auf Solidarität

Keiner soll im Alter weniger als 800 Euro aus Rente und/oder Grundsicherung haben

Stärkung des Solidarausgleichs in der gesetzlichen Rente (Schließung von Lücken der Erwerbsbiografie und Hochwertung niedriger Einkommen)

Grundsicherung im Alter anheben, zukünftig innerhalb der Erwerbstätigenversicherung

Wir wollen gute Renten – in West und Ost

Schnellstmögliche Angleichung des Rentenwerts Ost an den Rentenwert West

Abschaffung von Rentenungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung

Was bringt die linke Rentenpolitik Frauen?

- Politik für gute Arbeit und Mindestlohn bringt vor allem Frauen höhere Löhne und bessere Rentenansprüche.
- Politik für Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Ausbau der Kinderbetreuung und familienfreundliche Arbeitswelt ermöglicht Frauen mehr Erwerbsarbeit und Aufstiegschancen und damit höhere Rentenanwartschaften.
- Solidarausgleich: Die Kompensation von Lücken in der Erwerbsbiografie und die Höherwertung niedriger Einkommen kommt Frauen besonders zugute.
- Auch die Anhebung der Grundsicherung nützt vielen Frauen.

1. Warum eine linke Rentenkampagne?
2. Wie funktioniert unser Rentensystem?
3. Die “Rentenreformen” und ihre Auswirkungen
4. Die Alternativen der LINKEN
- 5. Was ist geplant?**

Rahmenplanung:

2008

2009

2010

Die Welt

September 2008
LTW Bayern

Frühjahr 2009
Europawahl
Wahl Bundespräsident
LTW Thüringen

Herbst 2009
Bundestagswahl
LTW Sachsen
LTW Saarland
LTW Brandenburg

Frühjahr 2010
LTW NRW
LTW Schleswig-
Holstein

Wir

Frühjahr 2008 bis Herbst 2008
Schwerpunktphase:
Interne Mobilisierung

Herbst 2008 bis Frühjahr 2010
Rente auf die Straße:
Öffentliche Mobilisierung, Aktionen vor Ort, Integration in Wahlkämpfe, Druck gegen Rente ab 67

1. ab Herbst 2008: Veranstaltungen und Aktionen in den Landes- und Kreisverbänden
2. Veranstaltungen der Bundestagsfraktion vor Ort in Verantwortung der Landesgruppen
3. Öffentliche Mobilisierung und Integration der Rentenkampagne in die Wahlkämpfe
4. regelmäßige Materialien zu aktuellen Themen über den bundesweiten Newsletter

Infos auf der Kampagnenhomepage: www.die-rente-die-linke.de

**Vielen Dank für Eure
Aufmerksamkeit!**

Anhang

Was bewirkt unser Modell?

Alter	Lebenssituation	Unser Modell (EP)	Geltendes Modell (EP)
17 - 20	Ausbildung	2,25	2,25
20 - 30	Vollzeit Mindestlohn	7,5	5,75
30 - 33	Kindererziehung	3	3
33 - 35	Halbe Stelle Mindestlohn	0,86	0,575
35 - 60	Vollzeit Mindestlohn	18,75	14,38
60 - 65	3/4 Stelle Mindestlohn	3,23	2,16
65 - 67	Bei uns: Rente; sonst $\frac{3}{4}$ Stelle Mindestlohn	0	0,86
Summe der Entgeltpunkte		35,59	28,12 (28,98)
Bruttorente mit 65 (bei geltendem Modell: mit 7,2 Prozent Abschlag wegen vorzeitigem Renteneintritt)		973 Euro	570 Euro
Nettorente mit 65 (bei geltendem Modell: mit Abschlägen wegen vorzeitigem Renteneintritt)		876 Euro	504 Euro
Bruttorente mit 67			633 Euro
Nettorente mit 67			560 Euro

Was bewirkt unser Modell?

Alter	Lebenssituation	Unser Modell (EP)	Geltendes Modell (EP)
17 - 20	Ausbildung	2,25	2,25
20 - 55	Vollzeit Mindestlohn	26,25	20,125
55 - 63	ALG I: Bei uns 38 Monate; sonst 18 Monate	2,125	0,69
	ALG II: Bei uns 0,15 EP/Jahr; sonst 0,08	0,725	0,52
63 - 65	Bei uns: Arbeitslos; sonst Zwangsverrentet	0,3	0,0
Summe der Entgeltpunkte		31,65	23,59 (28,98)
Bruttorente mit 65		865 Euro	
Nettorente mit 65		782 Euro	
Zwangsrente mit 63 (geltendes Modell: 14,4% Abschlag; Brutto)			441 Euro
Zwangsrente mit 63 (geltendes Modell: 14,4% Abschlag; Netto)			390 Euro